„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Die Angst vor den Fremdgeborenen

Bürgermeister von Winnipeg befürchtet Ueberfremdung des Westens.

Col. R. H. Webb, der Bürgermeister von Winnipeg, behandelte in seiner Präsidentenrede vor der Jahresversammlung des Verbandes der canadischen Munizipalitäten in Ottawa das Thema der „Ueberschwemmung" des Westens mit fremdgeborenen Einwanderern nichtbritischer Abstammung. Er behauptete, das stelle eine Gefahr für den „Canadianismus" dar, und forderte eine neue Einwanderungspolitik der Regierung zur Bekämpfung dieser „Bedrohung" Canadas. Wörtlich führte er aus:

„Wenn Briten nach Canada kommen, so gelangen sie nicht bis in den Westen. Die Provinzen Manitoba, Saskatchewan und Alberta werden in schnellem Tempo nichtbritisch, und ich glaube, daß jetzt schon der Prozentsatz der britischen Bevölkerung unter der Hälfte ist. Es ist nicht gut, französische und britische Provinzen im Osten aufzubauen, wenn ein großer nichtbritischer Block im Westen entsteht. Die nichtbritischen Einwanderer kommen, wie ich annehme, jetzt schon im Verhältnis von 90 zu 1 im Vergleich zu jenen von britischer Herkunft. Heuer kommen sie nach Tausenden und sprechen jede Sprache, nur nicht englisch und französisch. Es sind Deutsche, Russen, Polen, Oesterreicher, Ungarn, Tschechoslowaken, Ukrainier — vielleicht prachtvolle Leute, aber glauben Sie, daß sie uns lieben oder jemals uns lieben werden? Wenn Sie das glauben, sollten Sie eine Zeitlang unter ihnen leben. Haben wir als die ursprünglichen Bewohner dieses Landes nicht einige Rechte? Sollen wir uns von Leuten aus Mitteleuropa beherrschen lassen, die nichts von unserer Sprache, unseren Ideen und unseren Traditionen wissen?"

Dann stimmte der Herr Bürgermeister von Winnipeg ein bewegtes Klagelied an über das angebliche „Dumping" von mitteleuropäischen Einwanderern. Diese würden die eingesessenen Canadier aus ihren Stellungen verdrängen und sie zwingen, in die Ver. Staaten auszuwandern. Im Winter werde sich das Verfehlte der jetzigen Einwanderungspolitik in besonderem Maße fühlbar machen. Vielleicht käme dann einmal eine Armee von Arbeitslosen nach Ottawa, um von der Regierung Nahrung und Wohnung zu verlangen.

Uns interessieren in erster Linie die Angriffe des Herrn Webb, die wir oben möglichst wortgetreu wiedergegeben haben. Wenn man mit einem Herzen, das für Canada in warmer Liebe schlägt, die sorgenschweren Worte liest, wäre man beinahe versucht, mit den alten Römern auszurufen: „Hannibal steht vor den Toren" oder „Das Vaterland ist in Gefahr". Doch wir sind nüchtern und klarsehend genug, um auf den ersten Blick zu erkennen, daß es sich bei den Aeußerungen des Winnipeger Bürgermeisters nur um die Ausgeburt von wüsten Traumphantasien und um die Nachwirkungen einer alten, in gewissen Kreisen sehr beliebten Hetze gegen die Fremdgeborenen handelt. Daher sind wir bei aller aufrichtigen Sorge für das Gedeihen und das Wohl Canadas keineswegs gewillt, uns von den Phrasen des Winnipeger Stadtoberhauptes ins Bockshorn jagen zu lassen.

Wie sind denn die tatsächlichen Verhältnisse in Westcanada, in Manitoba sowohl, wie in Saskatchewan und Alberta?

Erstens steht fest, daß der Westen zu seinem weiteren Aufbau und zur Entwicklung seiner gewaltigen Naturwerte eine starke Einwanderung unbedingt nötig hat. Das kann nicht einmal Herr Webb bestreiten.

Zweitens steht fest, daß das britische „Mutterland" das dazu erforderliche Menschenmaterial nicht liefern kann, weil das britische Reich (einschließlich Canadas) viel zu groß ist, um allein von Briten kolonisiert und kultiviert zu werden, weil die Industriearbeiter und die Arbeitslosen aus den Hintergassen der britischen Großstädte die schwere und opfervolle Arbeit auf den großen Ländereien des Westens nicht leisten können und nicht leisten wollen, weil das Verständnis für die landwirtschaftliche Betätigung den Söhnen Albions in der Regel vollständig fehlt. Die „Empire Settlement"-Bewegung war, soweit wenigstens Canada in Frage kommt, bisher ein gründlicher Fehlschlag und hatte nur zur Folge, daß aus den Taschen der canadischen Steuerzahler für das unfruchtbare Projekt gewaltige Summen herausgeholt werden.

Drittens steht fest, daß die mitteleuropäischen Länder einen beträchtlichen Bevölkerungsüberschuß aufzuweisen haben, und daß viele der Auswanderungslustigen jede, auch die härteste Arbeit auf den Farmen, im Busch und in den Bergwerken Canadas anzunehmen bereit sind. Zudem verfügen sie über genügend praktische Erfahrungen in Landwirtschaft und Viehzucht, sind meistenteils noch nicht durch die Großstadtluft verdorben und verweichlicht, streben nach Gründung einer festen Existenz auf eigener Scholle und wollen in Canada nichts anderes als eine neue Heimat, die sie in Frieden und Freiheit für sich und ihre Nachkommen schaffen und aufbauen können.

Viertens steht fest, daß die Fremdgeborenen des Westens trotz ihres angeblichen Prozentsatzes keinen maßgebenden Einfluß in der Landes- oder Provinzialpolitik ausüben. Fast alle einflußreichen Stellen in den Regierungen und Parlamenten, in den großen Stadtverwaltungen, in den Farmerorganisationen, ja sogar in den großen Geschäftshäusern werden von mehr oder minder waschechten Briten eingenommen. Die Zurücksetzung der Fremdgeborenen im canadischen Westen ist geradezu notorisch und ohne Zweifel bitter ungerecht. Sie zeugt von schnödem Undank der Herren dieses Landes gegenüber den alten fremdgeborenen Pionieren und ihren heranwachsenden Kindern, denen die wirtschaftliche Entwicklung des Westens hauptsächlich zu verdanken ist. Dieser schroffe Undank spricht auch aus den Worten des Winnipeger Bürgermeisters, der die Mühen und Plagen der fremdgeborenen Ansiedler damit lohnt, daß er sie als unloyal und uncanadisch zu brandmarken sucht. Von Verdrängung des britischen Einflusses reden zu wollen, ist ein grober Verstoß gegen die Wahrheit, der in schreiendem Widerspruch zur wirklichen Lage steht.

Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß der Westen ohne die Hilfe der mitteleuropäischen Einwanderer nicht aufgebaut werden kann. Dagegen hilft kein Jammern und kein Heulen. Dem Tüchtigen gehört die Welt. Wenn angesichts dieser Tatsache die vielgerühmten britischen Institutionen in Canada auf so schwachen Füßen stehen, wie es nach den Aeußerungen des Herrn Webb scheinen könnte, so muß wohl etwas faul sein, so wird damit doch zugegeben, daß die von gewissen Kreisen betriebene **Canadisierung und Verenglischung Fiasko gemacht hat.** Warum es nicht einmal mit einer anderen Methode versuchen? Warum nicht den Fremdgeborenen **volle Freiheit** für ihre Sprache, ihre nationalen Sitten und Gebräuche einräumen? Warum den Deutschsprechenden in Saskatchewan nicht die Möglichkeit bieten, ihre Muttersprache auch in den Schulen der deutschen Distrikte innerhalb des ordentlichen Unterrichtsplanes zu lehren? Warum den Fremdgeborenen nicht **volle Gleichberechtigung** mit den Abkömmlingen der angelsächsischen Rasse in allen, öffentlichen und privaten Stellen gewähren? Würde das die Liebe und Treue zur neuen Heimat Canada nicht in ganz anderer Weise fördern als die sich immer wiederholenden Gehässigkeiten uns gegenüber?

Wenn Herr Webb meint, wir würden die Briten nicht lieben, so können wir ihm versichern, **daß wir allerdings für Englischcanadier von der Sorte des Winnipeger Bürgermeisters keinen Funken von Sympathie übrig haben.** Ja wir gehen sogar noch einen Schritt weiter: Sollte Herr Webb sich in Winnipeg nochmal um das Bürgermeisteramt bewerben, so wäre es die Pflicht und Schuldigkeit der Fremdgeborenen in der Hauptstadt von Manitoba, ihm einen gehörigen Denkzettel zur Erinnerung an seine Hetzrede in Ottawa zu erteilen.

Weltumschau

Deutschland

Der Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann hielt in Freiberg, Sachsen, auf einer volksparteilichen Veranstaltung eine Rede, worin er sich zunächst mit außenpolitischen Fragen beschäftigte. Er kam dabei auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die der deutschen Außenpolitik dadurch entstehen, daß man vielfach im Inland wie im Ausland die Kraft Deutschlands überschätze und Deutschland nicht länger als ein niedergebrochenes Volk ansehe.

„Es ist eine irrtümliche Auffassung", führte Dr. Stresemann aus, „daß wir wirtschaftlich schon über den Berg und nicht mehr gefährdet sind. Einige hunderttausend Erwerbslose weniger heben die Arbeitslosigkeit nicht auf. Den Unterschied zwischen Ausfuhr und Einfuhr kann die deutsche Wirtschaft auf die Dauer nicht ertragen. Die Wirtschaft gründet sich nicht auf eigene Kraft, sondern auf ausländische Kredite, die verzinst und getilgt werden müssen. Der Staatsbankerott hinsichtlich der Hypotheken, Anleihen usw. verhindert, daß sich Deutschland heute mit eigenen Anleihen, also mit Hilfe aus sich selbst heraus, vorwärtsbringen könnte. Eine gewisse Aufwärtsbewegung ist augenblicklich zwar zu verzeichnen, jedoch darf darum niemand davon sprechen, daß Deutschland alle Schwierigkeiten überwunden hat.

„Andere Schwierigkeiten entstehen aus der Furcht unserer früheren Gegner, daß Deutschland seine Militärmacht wieder entwickeln und „Revanche" nehmen könnte. Diese Furcht ist durchaus abwegig und beruht auf der falschen Auffassung über die deutsche Wehrmacht. Man ist nur zu leicht geneigt, zu übersehen, daß Deutschland der einzige große Staat in Europa ist, der wirklich abgerüstet hat. Leider wird von innerpolitischer Parteileidenschaft der feindlichen Propaganda Agitationsmaterial in die Hände geliefert, wie z. B., wenn der parteipolitische Masochismus aus einem Fund von 20 verrosteten Gewehren eine Staatsaktion macht.

„Schließlich spielen hierbei auch große Kundgebungen, die eine Macht vortäuschen wollen, die wirklich nicht vorhanden ist, mit. Ich meine damit nicht den „Stahlhelm", zumal diese Kundgebung in bewunderungswürdiger Disziplin verlief. Schädlich sind ferner die vielen Resolutionen, die den Eindruck erwecken, als ob viele Deutsche nur immer davon reden, aber nie daran denken können. Fast hat es den Anschein, als ob wir ein Volk der Resolutionäre geworden sind, das ein anderes Deutschland vortäuscht.

„Wer heute in großen Worten mit dem Krieg spielt, ist ein Verbrecher. Wir müssen von klein an wieder aufbauen. Allerdings müssen wir uns die Grenzmarkdeutschen in besonderem Maße annehmen, die darauf drängen, daß sie als Vollbürger behandelt und in den Genuß ihrer Menschenrechte gesetzt werden. Das sind auch die Voraussetzungen für einen Handelsvertrag mit Polen. Darüber herrscht im Kabinett volle Einmütigkeit, und scheinbare Unstimmigkeiten ergeben sich nur aus der verschiedenen Zusammensetzung der Zuhörerschaft, vor der solche Forderungen ausgesprochen werden.

„Die Stärkung der Landwirtschaft ist die Stärkung der gesamten Wirtschaft. Vor allem sind Kredite für Verbesserungen und namentlich für Siedlungen im Osten notwendig. Es ist die erste Sorge der Reichsregierung, die Grenzmark dichter zu besiedeln und da, wo Bajonette fehlen, einen Grenzwall deutscher Leiber aufzurichten. Es gibt kein Entweder—Oder zwischen Weltwirtschaft und Bodenständigkeit, sondern beide hängen immer zusammen.

„Wenn bei uns nicht alles sofort erreicht wird, dann geht der Sturm los. Wir haben nicht gelernt, auf den gegebenen Moment zu warten. Bei uns ist die Stimmung so, „daß irgend etwas" geschehen müsse", „selbst auf die Gefahr eines Mißerfolges".

Auf die Gerüchte über angebliche Schwierigkeiten im jetzigen Reichskabinett eingehend, sagte Dr. Stresemann:

„Dieses Kabinett ist keine Liebes-, sondern eine Vernunftehe, arbeitet aber sehr sachlich und objektiv. Es handelt sich um eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte. Das Ideal wäre natürlich eine einheitliche Front von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, womit außen- und innenpolitisch alles erreicht werden könnte; aber dadurch, daß die Sozialdemokraten, wie beispielsweise Scheidemann, Levi und Dittmann, die berechtigsten nationalen Empfindungen verwunden, schalteten sie sich selbst aus."

Ein furchtbares Unwetter hat die Umgebung von Osnabrück, Provinz Hannover, verheert. Während der Nacht brach ein Wirbelsturm mit vernichtender Gewalt herein: Ueber 300 Häuser wurden teils zertrümmert, teils stark beschädigt. Nach den vorliegenden Meldungen haben drei Personen den Tod unter Trümmern gefunden und zwanzig trugen schwere Verletzungen davon. Der Eigentumsschaden beläuft sich auf Millionen.

Oesterreich.

Nach monatelangen emsigen Vorbereitungen sind die beiden Festspiel-Wochen, die zum Fremdenbesuch der alten Kaiserstadt Wien auffordern, am Pfingstsonntag unter großem Zudrang eingeleitet worden. Ein Monsterkonzert sämtlicher Wiener Militärkapellen und ein Chorkonzert von 4000 Mitwirkenden vor dem Rathaus waren der Auftakt, und jeder Tag der beiden Wochen trägt ein festliches Gepräge. Auf dem überreichen Programm stehen neben Opernaufführungen unter der Leitung Richard Strauß' und Franz Schalks und unter Mitwirkung der Damen Jeritza und Lehmann und der Herren Piccaver und Kiepura Meisteraufführungen österreichischer Autoren im Burgtheater und den übrigen Sprechbühnen, Konzerte der Philharmoniker, des Sinfonieorchesters und Männergesangsvereines und Festaufführungen in den Operetten- und Revuetheatern bietet. Liebhaber der Kirchenmusik werden bei den Messen in der ehemaligen Hofkapelle, deren musikalischer Teil von Mitgliedern der Staatsoper, der Hofmusikkapelle und den Sängerknaben unter Franz Schalks Leitung besorgt wird, ferner bei den Veranstaltungen im Klosterneuburger Stift und der Mödlinger Stadtkirche, wo Beethovens Missa Solemnis zur Aufführung gelangt, auf ihre Rechnung kommen. Im Messepalast veranschaulicht eine große Ausstellung „Wien und die Wiener", Vergangenheit und Gegenwart der Donaustadt. Nicht weniger als acht verschiedene Kunstausstellungen sind in den Rahmen der festlichen Veranstaltungen eingefügt.

Jugoslavien.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die jugoslavische Regierung ihre diplomatischen Beziehungen mit Albanien abgebrochen hat. Dem Vernehmen nach ist der jugoslavische Geschäftsträger mit dem ganzen Gesandtschaftsstab von Tirana über Durazzo nach Spalato in Dalmatien abgereist. Der Bruch zwischen dem südslavischen Königreich und Albanien war die unmittelbare Folge der Weigerung der Regierung in Tirana, einen unter dem Verdacht der Spionage vor einigen Tagen verhafteten Dragoman namens Wuko Gjuratichkewitch in Freiheit zu setzen, wie die Belgrader Regierung verlangt hatte. Letztere behauptete, daß Gjuratichkewitch als Attaché der jugoslavischen Gesandtschaft in Tirana Anspruch auf diplomatische Immunität habe. Die albanische Regierung hingegen erklärte, daß ihr nicht bekannt sei, daß der Verhaftete je ein definitiver Angestellter der jugoslavischen Gesandtschaft und als solcher auch nicht amtlich angemeldet war. Er sei vielmehr ein albanischer Bürger und unterstehe daher ganz und gar der Gerichtsbarkeit der albanischen Behörden.

Die Beziehungen zwischen Jugoslavien und Albanien waren seit dem von dem albanischen Präsidenten Achmed Beg Zogu mit Italien abgeschlossenen Vertrag von Tirana gespannt und die albanische Regierung hat in letzter Zeit wiederholt gegen Belgrad die Beschuldigung der versuchten Anstiftung eines Aufstandes erhoben. Auch die italienische Presse hatte ähnliche Nachrichten verbreitet. So meldete die römische Zeitung „Giornale d'Italia" erst kürzlich, daß die Agitation der jugoslavischen Agenten an der nordalbanischen Grenze gegen Achmed Zogu fortdauere und die Bandenbildung täglich weitere Fortschritte mache. Das Blatt behauptete, daß die Komitatschibanden an der Grenze in voller Schlagfertigkeit unter Leitung zweier jugoslavischer Generale, die von Gutinji aus die Bewegung führen, bereit ständen.

Durch den Tiranapakt hat Italien die Verpflichtung übernommen, die Aufrechterhaltung der Regierung des albanischen Präsidenten Achmed Zogu nötigenfalls mit Waffengewalt zu unterstützen.

Polen.

Gewaltige Explosionen ereigneten sich in dem Pulvermagazin in Tonie, nahe Krakau. Die Hauptexplosion erfolgte in Fort Witkowitz; viele Häuser in der Umgebung wurden zerstört. Krakau wurde derart erschüttert, daß die Bewohner glaubten, die Stadt sei von einem Erdbeben heimgesucht worden. Ein Soldat wurde getötet und 80 Zivilsten im Fort verletzt.

Rußland.

Ernstliche Unruhen sollen sich im Gouvernement Minsk in Weißrußland zugetragen haben. Angeblich sollen die Sowjetbeamten zahlreicher Dörfer und kleinerer Städte in Minsk angekommen sein und die Entsendung von Strafexpeditionen verlangt haben, um das Ansehen der Regierung zu stärken und die Verhaftung von Führern einer Bewegung gegen das Sowjetsystem vorzunehmen. Nach den Berichten sind mehr als 200 Einwohner eines Dorfes nach einer solchen, Strafexpedition nach Minsk geführt und ins Gefängnis gebracht worden, während verschiedene Hinrichtungen an Ort und Stelle stattgefunden haben.

Frankreich.

Premier Poincare sagte der Deputiertenkammer, er hoffe von den Ver. Staaten bessere Bedingungen zur Regelung der Schuld zu erlangen. Er beabsichtige diesen Versuch zu machen, besonders weil er erkenne, daß das französische Parlament die Abkommen mit Amerika und Großbritannien in ihrer jetzigen Form nicht genehmigen werde.

Großbritannien.

Eine Abordnung der Gewerkschaft der Bergleute ist vor kurzem von der „Daily News" in die Kohlengebiete des europäischen Festlandes gesandt worden, um die dortigen Verhältnisse mit denen in England zu vergleichen. Die Abordnung veröffentlicht jetzt einen Bericht über ihre Erfahrungen, worin es unter anderm heißt, daß eine neue Krise der Ueberproduktion und des rücksichtslosesten Wettbewerbes in der Kohlenindustrie drohend bevorstehe. Dabei scheine sich die deutsche Ruhrkohlenindustrie infolge ihrer gewaltigen Organisation und ihrer wissenschaftlich-technischen Ausbildung in der stärksten Lage zu befinden. Angesichts ihrer mangelnden Organisation werde die Politik der britischen Grubenbesitzer, mit längeren Arbeitsstunden und niedrigen Löhnen den Wettbewerb aufrechtzuerhalten, keinen Erfolg haben. Der Grund der Ueberproduktion liege in der stärkeren Verwendung von Petroleum statt Kohlen, in der veränderten Einrichtung der Hochöfen, die heute nur noch geringwertige Kohlen verwenden, in dem starken Verbrauch der deutschen Braunkohle und in der Ausbreitung der Elektrizität auf Kosten der Kohle. In dem Bericht wird erklärt, obwohl die britischen Gruben, was die Einrichtung unter Tage anbetreffe, sich mit denen auf dem Festlande durchaus vergleichen ließen und die besten Gruben sogar jene des Festlandes übertrüfen, müsse die Rückständigkeit der britischen Kohlenindustrie in allen Einrichtungen über Tage als außerordentlich ernsthaft bezeichnet werden. Die Wirtschaftslage werde die britischen Grubenbesitzer früher oder später zu drastischen Aenderungen zwingen. Wenn diese nur gruppenweise vorgenommen würden, so könne in der Periode des Uebergangs eine große Notlage für viele Bergleute nicht vermieden werden. Das Beste wäre daher, wenn die britischen Grubenbesitzer eine Gesamtorganisation nach deutscher Art gründen könnten. Der Bericht verhehlt nicht die Bewunderung der britischen Bergleute über den gewaltigen Arbeitstrieb, der sich in der deutschen Kohlenindustrie zeige. Ueberall stoße man auf eine grimmige Entschlossenheit, die während des Krieges verlorene Stellung zurückzugewinnen. Auch die sozialen Verhältnisse der deutschen Bergleute haben bei den britischen Besuchern hohe Anerkennung gefunden.

Schweiz.

Der neue Sommerfahrplan der Schweizerischen Bundesbahnen sieht die elektrische Inbetriebnahme der Strecken Palezieux—Freiburg—Bern (79 Kilometer), Rotkreuz—Rapperswil—Brugg (52 Kilometer), Winterthur—St. Gallen—Rorschach (73 Kilometer) und Rapperswil—Wattwil (mit dem durch das Unglück vom vergangenen Jahre bekannten Rickentunnel) vor. Die wichtige 396 Kilometer lange Durchgangslinie Genf-Rohrschach über Bern und Zürich wird somit durchweg für elektrischen Betrieb umgestellt sein. Das nun elektrisierte Netz der Schweizerischen Bundesbahnen umfaßt 1229 Kilometer. Die Speisung erfolgt durch die beiden Gotthardwerke Ritom und Amsteg und durch zwei Walliser Werke. Mit der elektrischen Inbetriebsetzung der genannten vier neuen Linien sind etwas mehr als 40 Prozent des gesamten Netzes der Schweizerischen Bundesbahnen elektrisiert mit nahezu 70 Prozent des Verkehrs. Die Kohlenersparnis, die bei dem jetzigen Verkehr auf diesem elektrisierten Netz erzielt werden kann, wird pro Jahr mit rund 500.000 Tonnen berechnet. Durch die Elektrisierung der West-Ostverbindung Palezieux—Bern und Winterthur—Rorschach werden auch bedeutende Fahrzeitverkürzungen erzielt, außerdem werden die elektrischen Lokomotiven besser ausgenützt. Die Fahrzeit von Genf bis Rorschach soll in Zukunft nur 6½ Stunden betragen.

Griechenland

Infolge eines Zusammenstoßes in Saloniki zwischen der Polizei und Kommunisten wurde der dortige kommunistische Klub von den Behörden besetzt und wurden Dokumente, die sich auf die kommunistische Organisation in Griechenland beziehen, beschlagnahmt. Zwei kommunistische Abgeordnete sollen die Stadt verlassen haben. Der Konflikt in Saloniki war, wie aus Mitteilungen hervorgeht, ein förmlicher Straßenkampf zwischen ungefähr 200 kommunistischen Tabakarbeitern und der Polizei. Die Arbeiter, die vor dem Palast des Gouverneurs ein Demonstration veranstaltet hatten, wurden von der Polizei vertrieben und zogen sich in ihr Hauptquartier zurück, wo sie sich verschanzten und auf die Polizisten Feuer eröffneten. Das Gebäude wurde von den Polizeimannschaften schließlich gestürmt. Mehrere Leute sollen bei dem Kampfe Verletzungen erlitten haben, aber angeblich wurde niemand getötet. Unter den Demonstranten befanden sich auch einige kommunistische Abgeordnete.

China

Definitive Unterhandlungen über die Herstellung des Friedens zwischen Nord- und Südchina und über ein Bündnis zwischen den drei mächtigsten militärischen Führern in China, mit endgültigem Ausschluß des Kommunismus, sind jetzt im Gange, wie ein Vertreter des Marschall Tschang Tso-Lin erklärte. Die Unterhandlungen finden zwischen Tschang Tso-Lin, dem Oberbefehlshaber der vereinigten nördlichen Armeen, General Tschang Kai-Scheck, dem Führer der gemäßigten Nationalisten und General Fen Hsi-Schan, dem Gouverneur der Provinz Schansi, statt. Sie wurden zuerst von General Tschang Kai-Scheck angeregt. Bevor Tschang Tso-Lin sich auf eine Besprechung einließ, vergewisserte er sich, daß Tschang kein Anhänger Lenins und des Kommunismus sei und erklärte dann, daß er gern bereit sei, mit den wahren Anhängern des veritorbenen Nationalistenführers Dr. Sun Jat-Sen zu unterhandeln, da er dessen Grundsätzen nie opponierte. Tschang Tso-Lin machte klar, daß er mit den Nationalisten der radikalen Richtung, deren Hauptquartier jetzt in Hankau ist, nichts zu tun haben wolle und er will darauf bestehen, daß Michael Borodin und andere russische Berater der nationalistischen Regierung in Hankau aus China ausgewiesen werden.

Im Falle die jetzigen Vorbesprechungen erfolgreich sind, wird Tschang Tso-Lin erklären, bereit zu sein, alle politischen Fragen einer Volkskonferenz zur Entscheidung zu überlassen. Wie sein Vertreter sagt, ist Tschang der Ansicht, daß die militärische Krise in China jetzt eine politische geworden sei, deren Lösung von der Entscheidung des Generals Tschang Kai-Scheck über das ihm angebotene Bündnis abhänge. Letzterer soll Marschall Tschang nahegelegt haben, seine Armee nördlich vom Gelben Fluß zurückzuziehen, indem er erklärte, daß er sich von den Hankauer Nationalisten nicht völlig losmachen könne, solange seine Truppen von den nördlichen Streitkräften bedroht werden.

Nach den Angaben des Vertreters des mandschurischen Diktators ist für den Fall des Zustandekommens eines Bündnisses zwischen den drei genannten Führern die weitere Zurückziehung der verbündeten nördlichen Armeen und die Errichtung eines neuen Hauptquartiers in Poatingfu, 75 Meilen südlich von Peking, sowie die Zurückziehung der Streitkräfte der Provinz Schantung und der im Felde stehenden mandschurischen Truppen nach Tiangtschau, 60 Meilen südlich von Tientsin, geplant.

Vereinigte Staaten.

Bekanntlich sollen bei der Haussuchung, welche die Geheimpolizei von London im Hauptquartier der russischen Handelsabordnung, "Arcos House", unternahm, den britischen Behörden auch Schriftstücke in die Hände gefallen sein, die Aufschluß über planmäßige Propaganda der Sowjetregierung in den Ver. Staaten geben sollen. Ueber ihren Inhalt ist bisher von amtlicher Seite keine Mitteilung gemacht worden. — Eine russische Handelsabordnung ist in Washington nicht vorhanden. Vor drei Jahren wurde in Washington ein „Russian Information Bureau" eingerichtet, das unter Aufsicht des Staats- und des Justizdepartements steht. Die Mehrzahl der Angestellten des Büros sollen Amerikaner sein. Eine ungehörige Propaganda konnte trotz schärfster Aufsicht der Nachrichtenstelle, die von Moskau aus finanziert wird, nicht nachgewiesen werden. Das „Russian Information Bureau" schickt den Zeitungen Nachrichten zu, veröffentlicht eine Wochenschrift und erteilt Auskunft über Rußland, wann immer sie gewünscht wird. Amerikaner, die Rußland besuchen wollen, können nur mit Zustimmung des Büros die Einreisebewilligung erhalten, und sie ist angeblich nicht leicht zu erlangen. Ein russischer Finanzattaché namens Sergius Ugliet hat in New York ein Büro. Das Staatsdepartement stellt keine Reisepässe nach Rußland aus. Wer mit dem Sowjetlande Handel treiben will, tut es auf sein eigenes Risiko. Die amerikanische Regierung übernimmt Verantwortlichkeit weder für Leben und Sicherheit von Bürgern, die sich nach Rußland begeben, noch für Hortige Kapitalsanlagen und Guthaben. Wenn wirklich eine Propaganda in Amerika von den Sowjets getrieben wird, so ist sie nicht politischer, sondern lediglich kommerzieller Art.

In einer kürzlich vor der Chicagoer Handelsvereinigung gehaltenen Rede erklärte Senator Reed von Pennsylvanien, daß in den amerikanischen Konsulaten im Auslande die Anträge von nahezu 1-500.000 Ausländern um Erlaubnis zur Einwanderung in Amerika vorliegen, und daß allein diese Tatsache die Amerikaner auf die Wichtigkeit des Studiums des Einwanderungsproblems aufmerksam machen müsse. Senator Reed fügte hinzu, daß noch eine weit größere Zahl von Anträgen eingelaufen sei, daß man aber viele nicht mitgezählt habe, weil der Applikation nicht die Gebührenbeträge beilagen.

Völkerbund.

Das Völkerbund-Sekretariat veröffentlichte die Tagesordnung der 45. Tagung des Völkerbundrates, die am 13. Juni unter dem Vorsitz des britischen Außensekretärs Sir Austen Chamberlain in Genf beginnen wird. Die Tagesordnung umfaßt 29 Punkte, darunter mehrere mit dem Sicherheitsproblem und der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz zusammenhängende Fragen, wie den Ausbau der wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung, Verpflichtungen auf Grund des Völkerbundspaktes, Vorkehrungen für die Gewährleistung eines beschleunigten Zusammentritts des Völkerbundes im Falle internationaler Verwicklungen und Sicherung der Durchführung der Ratsbeschlüsse insbesondere der wirtschaftlichen Sanktionen.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betrifft die bei der letzten Tagung gegebene englische Anregung, daß der Völkerbundrat künftig nur noch dreimal jährlich zu ordentlichen Sitzungen zusammentreten soll.

Ferner wird der Völkerbundrat in der Danziger Anleihefrage seine endgültige Entscheidung fällen und einen Bericht des Ständigen Militärausschusses des Völkerbundes über die Zulässigkeit der Durchfuhr von Kriegsmaterial durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig für andere Staaten als Polen entgegennehmen.

Außerdem soll entschieden werden, in welcher Form die Listen über das deutsche Zivilgefangenen entsprechend der Pariser Vereinbarung vom 22. Mai 1926 dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die deutsche Auswanderung nach Canada

Darüber lesen wir im Jahresbericht (1926) des deutschen Verbandes für Evangelische Auswandererfürsorge:

„Ueber die Berechtigung und den Wert einer deutschen Auswanderung nach Canada gehen die Meinungen in Deutschland weit auseinander. Reichsminister a. D. Koch, der jüngst Canada bereist hat, sieht in den Prärieprovinzen das geeignetste Gebiet für eine bedeutendere deutsche Besiedlung und er steht mit diesem Urteil nicht allein. Dagegen wird von Berliner Regierungsstellen vor Canada fast ausschließlich gewarnt. Wir haben durch unsere Vertretung der großzügigen canadischen Einwandererfürsorgeorganisation, der Canadian Immigration Board, in Verbindung mit Canada gestanden. Schon im Jahre 1925 war der frühere Manager, der jetzige Leiter des lutherischen Collegs in Edmonton (Alberta), Prof. W. A. Baepler, ein Deutschamerikaner in der vierten Generation, hier auf dem Kontinent. Im letzten Jahre besuchte der jetzige Präsident, Prof. Kramer, der Direktor des luth. Collegs in Saskatoon (United Lutheran Church), Deutschland, und bald darauf war auch der Geschäftsführer aus Winnipeg, Pastor Schmok (Ohio-Synode), zu wichtigen Verhandlungen über den Ozean gekommen. Wir gewannen stets den Eindruck, daß zur Stärkung des Deutschtums in den lutherischen Gemeinden eine solide Arbeit in Canada geleistet wird, die den reichsdeutschen und deutschstämmigen Einwanderern aus anderen Ländern zugute kommt. Zahlreiche Briefe von Auswanderern nach Canada, mit denen wir dank der sie viele besonderen Verpflichtung, sich bei uns vor der Abreise vorzustellen, in einer ständigen Verbindung stehen können, bestätigen uns die Richtigkeit dieses Eindrucks. Sie haben, soweit sie an uns direkt oder indirekt durch die Verwandten berichtet haben, fast alle ein gutes Unterkommen gefunden. Einige konnten sich schon nach kürzester Frist fast ohne alles eigene Kapital auf eigenen Farmen durch das bestehende großangelegte Pachtsystem selbständig machen. Wir betrachten es als eine wichtige Aufgabe der Auswanderermission, ihnen durch Aufrechterhaltung des Schriftwechsels weiter zu dienen, und haben regelmäßig mit unseren Briefen Drucksachen aller Art hinübergeschickt, um um so die Verbindung mit der alten Heimat wachzuhalten und den deutschen Brüdern drüben Anteil am heimischen Leben zu geben. Hier liegen große Aufgaben für die Zukunft.

„Bei dem Mangel an ausreichenden deutschen Arbeitskräften in der Landwirtschaft besonders des (deutschen) Ostens bedeutet die Auswanderung von deutschen Landwirten, die neben weiblichen Hausangestellten für Canada vorzüglich in Frage kommen, freilich einen schmerzlichen Verlust. Mußten doch im letzten Jahr wieder ungefähr 130.000 polnische Landarbeiter nach Deutschland herübergeholt werden. Aber man kann mit Menschen nicht rechnen wie mit Zahlen, sagt Dr. E. Koch mit Recht. Die Gutsinspektoren und Verwalter, die Beamtenkinder und zweiten und dritten Bauernsöhne aus Schleswig-Holstein, Württemberg und dem Westen haben wenig Neigung, in Ostdeutschland Landarbeiter zu werden. Die Siedlungsmöglichkeiten sind bisher auch noch so dürftig, daß ein Abwandern dieser Elemente nicht verhindert werden kann, so gern man sie auch als ein Bollwerk gegen die Slawisierung des Ostens hierbehalten möchte. Die Auswanderung wäre höchstens durch eine ganz großzügige Innensiedlung, die den Siedlern nur wenig Kapital kostet, wie es in Canada der Fall ist, zu bremsen, aber keinesfalls durch negative Verbote. So berührt an dieser Stelle, wie an keiner anderen, unsere Auswandererfürsorge schwierigste Probleme der Politik. Erste Auseinandersetzungen mit maßgebenden Stellen blieben uns deshalb nicht erspart.

„Gerade unsere canadische Arbeit hat uns gezeigt, wie wichtig die zuverlässige Betreuung und Weiterleitung der Auswanderer im Zielland ist."